

# Bau- und Planungsausschuss

## Protokoll Nr. BPA/02/2007

über die öffentliche Sitzung am 07.02.2007,  
Rathaus, Sitzungszimmer 601

---

Beginn : 19:00 Uhr  
Ende : 22:02 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Jörn Schade

#### **Stadtverordnete**

Herr Werner Bandick  
Herr Jens Uwe Ehrlich  
Herr Rolf Griesenberg  
Herr Dieter Heidenreich  
Frau Monja Löwer  
Herr Hartmut Möller  
Herr Wolfgang Sinning  
Herr Gerald Wittkamp  
Herr Heino Wriggers

#### **Sonstige, Gäste**

Herr Hauke Feldvoss	Kinder- und Jugendbeirat
Herr Karl-Heinz Harder	Seniorenbeirat
Frau Margot Sinning	Seniorenbeirat
Herr Skroblies	Technischer Vorstand NEUE LÜBECKER Norddeutsche Baugenossen- schaft e.G.; bis TOP 6

#### **Verwaltung**

Frau Andrea Becker	
Frau Anette Kruse	Verkehrsaufsicht
Herr Stephan Schott	
Herr Wilhelm Thiele	
Frau Birgit Reuter	Protokollführerin

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2007 vom 17.01.2007
4. Zustimmung zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch
5. Geschwindigkeitsmessgerät der Stadt Ahrensburg **2006/152**
  1. Bericht über die Erfassung und Bewertung der Daten
  2. Abstimmung der künftigen Einsatzorte
  3. Gemeinsamer Antrag des Seniorenbeirates und des Kinder- und Jugendbeirates auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h im Reeshoop
6. Entwicklung der Geschosswohnungsbauten im Bereich Hermann-Löns-Straße
7. Antrag der WAB zur Vergabe von Planungsunterlagen **AN/0003/2007**
8. Antrag der WAB-Fraktion zur Umbenennung des U-Bahnhofes Ahrensburg-Ost **AN/0002/2007**
9. Verkehrssituation Bismarckallee
10. Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen für den Bau des Peter-Rantzau-Hauses
11. Verschiedenes
  - 11.1. Fahrradbedarfsstreifen im Waldemar-Bonsels-Weg
  - 11.2. Straßenreinigung im Bereich von parkenden Kfz in der Fritz-Reuter-Straße
  - 11.3. Sperrung der Tiefgarage Lohe
  - 11.4. Beschluss über die Innenstadtgestaltung am Gutshof
  - 11.5. Gleichzeitige Nutzung des Fußgängerüberweges als Zufahrt bei einem Gebäude Kornkamp Süd/Ecke Beimoorweg
  - 11.6. Zukunftswerkstatt Brauner Hirsch
  - 11.7. Streupflicht Am Kratt

- 11.8. Standort für die Klinik Ahrensburg
- 11.9. Parkdruck in der Immanuel-Kant-Straße
- 12. Kenntnisnahmen
  - 12.1. Behandlung der Vorlagen-Nr. 2007/019 - Erneuerung der Stormarnstraße
  - 12.2. Tiefgarage unter dem Rathausplatz

## 1 Festsetzung der Tagesordnung

Die mit Einladung vom 24.01.2007 versandte Tagesordnung wird wie folgt geändert:

- Der Bau- und Planungsausschuss stimmt der Behandlung des Antrags der SPD-Fraktion zur „Schaffung der planerischen Voraussetzungen für den Bau des Peter-Rantzau-Hauses“ im Wege der Dringlichkeit mit der erforderlichen Mehrheit zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

- Der Tagesordnungspunkt „Linksabbiegespur vom Beimoorweg in die Weizenkoppel“ und „Verkehrszählung während der Sperrung des Mühlenredder“ werden abgesetzt, da der Sachbearbeiter aus persönlichen Gründen verhindert ist.
- Der Tagesordnungspunkt „Antrag zur Anordnung von Behindertenparkplätzen im Platzbereich Hagener Allee“ wird vertagt, da Stadtverordneter Smith einen weiteren Antrag stellen wird und deshalb der vorliegende Antrag noch einmal zu überarbeiten ist.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt der Aufnahme der wie vor genannten Tagesordnungspunkte mit der erforderlichen Mehrheit zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

## 2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen und Anregungen von Anwohnern und Anwohnerinnen gestellt.

## 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2007 vom 17.01.2007

Keine Einwendungen. Die Niederschrift ist somit genehmigt.

Bürgervorsteher Bandick erklärt, dass er vorschlagen wird, dass aufgrund des 1. Mai die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.04.2007 ausfällt mit der Folge, dass der Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 83 auch in einer anderweitigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden muss.



**5                    Geschwindigkeitsmessgerät der Stadt Ahrensburg                    2006/152**  
**1. Bericht über die Erfassung und Bewertung der Daten**  
**2. Abstimmung der künftigen Einsatzorte**  
**3. Gemeinsamer Antrag des Seniorenbeirates und des**  
**Kinder- und Jugendbeirates auf eine Geschwindigkeitsbe-**  
**grenzung von 30 km/h im Reeshoop**

Die Verkehrsaufsicht, Frau Kruse, erläutert den Bericht über die Erfassung und Bewertung der Daten, die Auflistung der künftigen Einsatzorte der mobilen Geschwindigkeitsanzeige sowie die Stellungnahme zum gemeinsamen Antrag des Senioren-, Kinder- und Jugendbeirates (siehe Vorlagen-Nr. 2006/152 sowie der in der Sitzung verteilte Bericht über die Zusammenfassung der Messdaten der mobilen Geschwindigkeitsanzeige). In dem Bericht über die Zusammenfassung der Messdaten der Geschwindigkeitsanzeige ist zu berücksichtigen, dass Unstimmigkeiten aufgrund des zeitweise defekten Geschwindigkeitsmessgerätes enthalten sind, beispielsweise wurde ein Lkw mit einer Geschwindigkeit von 154 km/h gemessen.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion wird in Bezug auf die Standorte für das Geschwindigkeitsmessgerät die Priorität bei Schulen, Kindergärten, Altenheimen und Plätzen mit hohen „Menschenmassen“ gesehen. Die in der Vorlage 2006/152 aufgeführten Standorte für ein Geschwindigkeitsmessgerät sollten unter anderem um den Bornkampsweg und die Fahrradstraße Wulfsdorfer Weg ergänzt werden.

Der Seniorenbeirat bittet um Prüfung entsprechender baulicher Maßnahmen im Gehwegbereich außerhalb des 30 km/h-Bereiches gegenüber des Altenheimes wegen der vom badlantic kommenden Lkw mit der Folge von „Lkw-Sogs“.

Ein weiteres Ausschussmitglied bittet die Verwaltung, das ausgeblichene Verkehrsschild Altenheim auszuwechseln und ggf. ein weiteres Verkehrsschild mit dem Hinweis Altenheim auf die gegenüberliegende Straßenseite aufzustellen.

***Anmerkung der Verwaltung:***

Der Bauhof wurde bereits beauftragt, das vorhandene Verkehrszeichen auszuwechseln und das fehlende Verkehrszeichen stadtauswärts zu beschaffen und aufzustellen.

Im Hinblick auf die Messungen im Reeshoop ist die Anzahl der Verkehrsüberschreitungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Verhältnis zu dem Gesamtverkehrsaufkommen nicht auffällig. Ein Unfallhäufungspunkt befindet sich nach Aussage der Polizei nicht im Reeshoop, sondern lediglich im Kreuzungsbereich Reeshoop/Bei der Doppeleiche/Fritz-Reuter-Straße aufgrund von Abbiegeunfällen.

Der Bau- und Planungsausschuss bittet anschließend die Verkehrsaufsicht, die Priorität der Standorte wie vor aufzunehmen und zu ergänzen und den Straßenbaulastträger die baulichen Maßnahmen im Reeshoop aufgrund des „Lkw-Sogs“ zu überprüfen.

## **6 Entwicklung der Geschosswohnungsbauten im Bereich Hermann-Löns-Straße**

Herr Skroblies, Technischer Vorstand der Neuen Lübecker, stellt sein Unternehmen und das geplante Projekt im Quartier Hermann-Löns-Straße, Stormarnstraße, Gerhart-Hauptmann-Straße, Reeshoop vor. Die Neue Lübecker hat insbesondere im südlichen Teil Schleswig-Holsteins Wohnungen, jedoch auch in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und einige wenige in Niedersachsen (siehe Anlage). In Ahrensburg ist die Neue Lübecker Eigentümer von Wohnungen im wie vorgenannten Quartier sowie Am Neuen Teich, Ohlendamm, Elsterweg, Schäferweg, Lohe und im Gartenholz mit insgesamt 1.425 Wohnungen.

Im Quartier Reeshoop handelt es sich um Wohnungen aus den 50er bis 70er Jahren, die zum Teil nicht modernisierungsfähig sind. Das Gebiet der Neuen Lübecker im Bereich Hermann-Löns-Straße, Stormarnstraße, Gerhart-Hauptmann-Straße, Reeshoop hat insgesamt zurzeit 740 Wohnungen mit einer Fläche von 42.400 m<sup>2</sup>. Die Wohnungsgröße beträgt zwischen 29 bis 69 m<sup>2</sup>. Eine 4-Zimmer-Wohnung ist im Mittel 69 m<sup>2</sup> groß. 50 % der Wohnungen sind 2-Zimmer-Wohnungen. Im Bereich der Immanuel-Kant-Straße befinden sich zum Beispiel 1,5- bis 2-Zimmer-Wohnungen. 40 % der Bewohner ist zurzeit im Durchschnitt 60 Jahre und älter, 30 % zwischen 24 und 40 Jahren und 30 % zwischen 40 und 59 Jahren.

Da die derzeitigen Mieter in dem innenstadtnahen Gebiet wohnen bleiben möchten, sollen auf den Freiflächen innerhalb des Gebietes zunächst 4 Häuser mit 48 Wohnungen gebaut werden (siehe Anlage Seite 9), um zunächst Wohnraum als Ersatz für die bewohnten Gebäude zu schaffen. Im ersten Abschnitt würden dann, beginnend mit dem Eckgebäude Hermann-Löns-Straße/Immanuel-Kant-Straße, die Mieter in die neuen Wohngebäude umziehen, dieses Eckgebäude abgerissen und ein neues Gebäude errichtet. Anschließend werden die Mieter vom 2. Bauabschnitt in den 1. Bauabschnitt umziehen und dort die Wohnungen abgerissen und ebenfalls neu errichtet bis das Quartier über einen voraussichtlichen Zeitraum von 20 Jahren gänzlich abgebrochen und durch Neubauten errichtet ist. Das Quartier soll außerdem neue Erschließungswege, einen Klein-Kinderspielplatz, ein Erlebnisspielplatz sowie einen Treffpunkt für Jung und Alt beinhalten. Mietergärten sollen im Bereich Reeshoop und Fritz-Reuter-Straße angelegt werden. Im nördlichen und südwestlichen Bereich sind jeweils Kleinversorgungszentren geplant, mit Läden im Erdgeschoss und Dienstleistungen (wie zum Beispiel für Ärzte), das 1. OG soll sowohl für gewerbliche Zwecke, aber auch für Wohnbebauung optional angeboten werden.

Nach Durchführung dieses gesamten Projektes könnte sich die Anzahl der Wohnungen von 740 auf 1.150 Wohnungen und die Wohnfläche von 42.400 m<sup>2</sup> auf 74.000 m<sup>2</sup> erhöhen. Die überwiegende Anzahl der neuen Gebäude ist 4-geschossig bzw. 3- bis 4-geschossig geplant, außer die an die Immanuel-Kant-Straße anschließenden Gebäude sind 1 bis 2,5 geschossig vorgesehen. Die Stellplätze sollen in mindestens 4 Tiefgaragen unterhalb des Quartiers

mit insgesamt 725 Stellplätzen untergebracht werden, die Einfahrt der großen Tiefgarage erfolgt von der Gerhard-Hauptmann-Straße und die Ausfahrt von der Hermann-Löns-Straße (Einbahnstraßensystem). Die weiteren 700 Stellplätze sollen oberirdisch dezentral untergebracht werden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Skroblied, dass es sich bei der Neubebauung um keinen sozialen Wohnungsbau handelt.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion wird zum Teil die starke Verdichtung kritisiert als auch das Anordnen von Stellplätzen vor und hinter den Häusern, das heißt das die Gebäude von Stellflächen quasi „eingeklemmt“ werden, besonders unter Berücksichtigung, dass bei dem derzeitigen Bestand in diesem Bereich Grünflächen bestehen. Eine höhere Verdichtung bedeutet auch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen auch auf die umliegenden Straßen. Andererseits wird von einem Ausschussmitglied im Grundsatz die Modernisierung dieses Gebietes befürwortet, jedoch sollte eine aktive Bürgerbeteiligung/Zukunftswerkstatt im Rahmen der Überplanung dieses Gebietes erfolgen.

Der Bau- und Planungsausschuss vertagt anschließend diesen Tagesordnungspunkt zwecks Beratung in den Fraktionen.

## **7 Antrag der WAB zur Vergabe von Planungsunterlagen**

**AN/0003/2007**

Die WAB-Fraktion hat mit Schreiben vom 10.01.2007 folgenden Antrag gestellt:

Vor Vergabe von Planungsaufträgen sind diese im Bau- und Planungsausschuss zu erläutern und abzustimmen, erst danach erfolgt die Vergabe. Die Verwaltung hat hierzu eine Stellungnahme geschrieben, die als Anlage zu diesem Protokoll beigefügt werden soll. Der Antrag der WAB-Fraktion zur Vergabe von Planungsaufträgen wird dementsprechend auf die kommende Sitzung vertagt.

**8 Antrag der WAB-Fraktion zur Umbenennung des U- AN/0002/2007  
Bahnhofes Ahrensburg-Ost**

Es wird Bezug genommen auf das Protokoll Nr. 1/2007, TOP 11.4. Einige Ausschussmitglieder halten die Bezeichnung „U-Bahnhof Ahrensburg-West“ und „Ost“ als „uralte Namen“ als gehaltvoll und hilfreich zu orientieren. Die Verwaltung wird jedoch beauftragt, die finanziellen Auswirkungen einer Umbenennung, die von der Stadt zu tragen wären, aufzuzeigen.

## **9 Verkehrssituation Bismarckallee**

In Bezug auf die Verkehrssituation in der Bismarckallee teilt eine Bürgerin mit, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h nicht eingehalten werde, ein starker Parkdruck in dieser Straße bestehe, teilweise im Halteverbot geparkt werde und auf den Parkflächen (Grandflächen) teilweise Blumenkübel aufgestellt worden seien mit der Folge, dass Lkw zur Be- und Entladung auf der Straße parken würden. Die Ausfahrt auf die Straße sei nicht ohne Begleitperson möglich.

Die in der Bau- und Planungsausschusssitzung anwesenden Anwohner befürworten keine Verbreiterung der Straße mit der Aufgabe der Allee, sondern bitten, die Probleme so zu verringern, dass ein Wohnen dort möglich ist, beispielsweise durch Einrichtung einer Fahrradstraße.

Im Rahmen der Diskussion im Bau- und Planungsausschuss wird die Einrichtung von Anwohnerparkplätzen vorgeschlagen, um parkfremden Verkehr aus der Bismarckstraße zu reduzieren.

Die Verwaltung bittet, zur Klärung der Detailprobleme diesen Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung nicht zu behandeln, da die Straße für sich nicht herausgegriffen, sondern auch das nähere Umfeld betrachtet werden sollte. Die Verwaltung wird sich mit einer Anliegerin der Bismarckstraße treffen und sich die Situation vor Ort ansehen.

### ***Anmerkung der Verwaltung:***

In der 7. Kalenderwoche wird eine Ortsbegehung hinsichtlich der Aufstellung von Blumenkübel und Steinen im öffentlichen Bereich vorgenommen. Die Anliegerinnen und Anlieger werden nach Prüfung des Einzelfalles gegebenenfalls aufgefordert, die Gegenstände aus dem öffentlichen Raum zu entfernen.

## **10 Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen für den Bau des Peter-Rantzau-Hauses**

Mit Schreiben vom 29.01.2007 stellt die SPD-Fraktion, Herr Möller, den Antrag, die planerischen Voraussetzungen für den Bau des Bürgerzentrums (Peter-Rantzau-Haus) zu schaffen. Es ist ein Vorhaben- und Erschließungsplan für das Grundstück südlich des Rathauses zwischen der Manfred-Samusch-Straße und dem derzeitigen Rasensportplatz auf dem Stormarnplatz zu entwickeln. Maßgeblich für den Entwurf und die Gestaltung soll die Funktion (Zweck und Nutzung) des Gebäudes sein. Der Bau eines neuen Bürgerzentrums ist dringlich. Mit diesem Antrag soll die Möglichkeit geschaffen werden, das Peter-Rantzau-Haus zu planen und zu bauen, unabhängig von der Diskussion um den Stormarnplatz und der endgültigen Beschlussfassung zum Bebauungsplan Nr. 80.

Der Seniorenbeirat lehnt im Hinblick auf den Zeitungsartikel im Markt vom 07.02.2007 „Peter-Rantzau-Haus und Klinik unter einem Dach“ die Kombination aus Peter-Rantzau-Haus, Klinik und Ärztehaus sowie der Rettungswache ab.

Der Kinder- und Jugendbeirat spricht sich in diesem Zusammenhang zur Errichtung eines weiteren Kunstrasenplatzes auf dem Stormarnplatz (siehe Anlage) aus, denn daraus würde sich eine günstige Realisierung des Kunstrasenplatzes, keine meterhohe Lärmschutzwand auf dem Stormarnplatz, eine mögliche Realisierung eines Teils des angestrebten Stadtparks als auch eine mögliche Realisierung des Peter-Rantzau-Hauses in Angliederung an die Innenstadt und den künftigen Stadtpark ergeben.

Die Verwaltung erläutert im Hinblick auf den Antrag der SPD-Fraktion, dass das Instrument des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans nach § 12 BauGB nicht in Betracht kommt, wenn die Stadt selbst Vorhabenträger ist. Die Stadt darf nicht mit sich selbst den notwendigen Durchführungsvertrag schließen.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt anschließend dem Antrag der SPD-Fraktion mit der Maßgabe zu, dass die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen sind, jedoch nicht in Form eines Vorhaben- und Erschließungsplanes.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

## **11 Verschiedenes**

### **11.1 Fahrradbedarfsstreifen im Waldemar-Bonsels-Weg**

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft, warum der Fahrradbedarfsstreifen abrupt an der Kreuzung Waldemar-Bonsels-Weg/Rantzau-Straße ende. Außerdem bittet sie zu untersuchen, inwieweit die Erforderlichkeit besteht, den „Asphaltwulst“ zwischen der asphaltierten Fläche und den Betonsteinen zu mindern.

#### ***Anmerkung der Verwaltung:***

Die Verwaltung wird in der kommenden Sitzung des Bau- und Planungsausschusses eine Stellungnahme abgeben.

## **11.2 Straßenreinigung im Bereich von parkenden Kfz in der Fritz-Reuter-Straße**

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft, wie die Straßenreinigung im Bereich von parkenden Kfz in der Fritz-Reuter-Straße geregelt ist.

### ***Anmerkung der Verwaltung:***

In der Fritz-Reuter-Straße (Abschnitt zwischen Reeshoop und Immanuel-Kant-Straße) wird in Kürze ein befristetes Haltverbot eingerichtet. Der Zeitrahmen ist noch mit der ab 01.01.2007 aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung neu beauftragten Firma abzustimmen.

## **11.3 Sperrung der Tiefgarage Lohe**

Ein Ausschussmitglied bittet um Sachstand zur Sperrung der Tiefgarage Lohe, auch im Hinblick auf die Verpflichtung der Eigentümer zur Bereitstellung von Stellplätzen.

### ***Anmerkung der Verwaltung:***

Die Verwaltung hat den Eigentümer aufgefordert, einen verbindlichen Zeitplan für die Sanierungsarbeiten vorzulegen oder Ersatzstellplätze nachzuweisen. Da der Eigentümer innerhalb der vorgegebenen Frist nicht reagiert hat, wird die Bauaufsicht Zwangsvollstreckungsmaßnahmen einleiten.

## **11.4 Beschluss über die Innenstadtgestaltung am Gutshof**

Ein Ausschussmitglied weist auf die Erforderlichkeit eines Beschlusses über die Innenstadtgestaltung am Gutshof spätestens in einer gemeinsamen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses und Umweltausschusses am 21.03.2007 hin.

## **11.5 Gleichzeitige Nutzung des Fußgängerüberweges als Zufahrt bei einem Gebäude Kornkamp Süd/Ecke Beimoorweg**

Die Verwaltung wird auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes prüfen, ob eine gleichzeitige Nutzung vorliegt.

## **11.6 Zukunftswerkstatt Brauner Hirsch**

Auf Anstoß der Einwohnerversammlung zum Ausbau des Braunen Hirsch hat bereits bei der Bürgermeisterin mit Vertretern der Siedlung Am Hagen ein Gespräch stattgefunden. Die noch offenen Fragen werden dem Bau- und Planungsausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt.

## **11.7 Streupflicht Am Kratt**

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft, wer die Streupflicht für den Wanderweg vom Parkplatz zum Kindergarten Am Kratt hat.

### ***Anmerkung der Verwaltung:***

Der Nutzer des Kindergartens Am Kratt ist verpflichtet, entsprechend dem zwischen der Stadt und dem Nutzer abgeschlossenen Nutzungsvertrag den Wanderweg zum Kindergarten Am Kratt in den Wintermonaten zu den üblichen Verkehrszeiten zu streuen. Die Verwaltung wird diese darauf hinweisen.

## **11.8 Standort für die Klinik Ahrensburg**

Ausschussmitglied Ehrlich bittet um Unterstützung in der Frage der Unterbringung der Ahrensburger Klinik, zum Beispiel beim AOK-Knoten oder im Bereich des Peter-Rantzau-Hauses, zumal der Stadt durch die Unterbringung neue Arbeitsplätze entstehen und ein Krankenhaus ein wichtiger Standortfaktor darstelle.

Frau Sinning vom Seniorenbeirat berichtet in ihrer Funktion als Mitglied des Kreisausschusses, dass zurzeit ein gerichtliches Streitverfahren zwischen den Betreibern der Kliniken über die Anzahl der Betten läuft. So lange dieses Verwaltungsstreitverfahren nicht beendet ist, wird keine Notwendigkeit einer Entscheidung über einen Standort für die Klinik vom Ministerium gesehen, zumal kein Versorgungsengpass bestehe.

## **11.9 Parkdruck in der Immanuel-Kant-Straße**

In der Immanuel-Kant-Straße zwischen Gerhart-Hauptmann-Straße und Fritz-Reuter-Straße ist nach Auffassung eines Bürgers das Halteverbot nicht so angeordnet, dass ein Begegnungsverkehr möglich ist.

Die Verkehrsaufsicht wird dies überprüfen.

## **12 Kennntnisnahmen**

### **12.1 Behandlung der Vorlagen-Nr. 2007/019 - Erneuerung der Stormarnstraße**

Die Vorlagen-Nr. 2007/019 – Erneuerung der Stormarnstraße – ist am 08.02.2007 versandt worden. Die Verwaltung bittet die Mitglieder des Bau- und Planungsausschusses, etwaige Anregungen oder Bedenken in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 21.02.2007 bekannt zu geben. Eine Anliegerversammlung für den Ausbau der Stormarnstraße findet am 05.03.2007 für den Bereich Stormarnstraße zwischen Hermann-Löns-Straße bis zur Fritz-Reuter-Straße und am 13.03.2007 für den Bereich von der Stormarnstraße Kreuzungsbereich Fritz-Reuter-Straße bis zur Klaus-Groth-Straße statt.

Voraussichtlich am 21.03.2007 sollte dann die Behandlung der Vorlage im Bau- und Planungsausschuss erfolgen.

### **12.2 Tiefgarage unter dem Rathausplatz**

Von der Verwaltung wird berichtet, dass ein Teil der Rathautiefgarage kurzfristig aus statischen konstruktiven Gründen gesperrt werden musste.

Bei einer bauaufsichtlichen Überprüfung wurde festgestellt, dass die unteren Stahleinlagen eines Hauptträgers offensichtlich durch permanenten Wassereintrag frei gelegt waren und kein Verbund mit dem Beton aufwiesen. Die Überprüfung durch einen Statiker ergab, dass bedingt durch die Druckaufwirkung des Hauptträgers auch die Stahleinlagen im oberen Bereich unmittelbar unterhalb der Pflasterung überprüft werden mussten. Der Eigentümer der Tiefgarage wurde veranlasst, die erforderliche Überprüfung ohne Verzug vorzunehmen. Die Überprüfung ergab, dass das Schadensbild an der Oberseite des Hauptträgers keine Mängel aufwies. Die Nachrechnung durch den Statiker ergab, dass der betroffene Teil des Rathausplatzes bis zum Frühsommer 2007 nur eine eingeschränkte Tragfähigkeit von 9,07 t zulässigem Gesamtgewicht (6,0 t Achslast) aufweist. Die Sanierungsarbeiten sollen nach Aussage der Eigentümer im Rahmen eines Tankrettverfahrens durchgeführt werden. Nach der Sanierung kann der Rathausplatz wieder mit der ursprünglichen 30 t Last befahren werden.

gez. Jörn Schade  
Vorsitz

gez. Birgit Reuter  
Protokoll